Bereit sein ist alles



Die Machthaber in Österreich wollen eine Bereitschaftstruppe für – ja, wofür eigentlich?

„Die neuen Uniformen" sollen Freiwillige für die neue Bereitschaftstruppe anlocken. Deshalb hat das Bundesheer keine Kosten und Steuergelder gescheut und um 300 000 Schilling eine Broschüre herausgebracht, welche das Soldatenleben und die entsprechenden Uniformen in leuchtenden Farben schildert. Daß die Broschüre kein Impressum hat und keinen Verantwortlichen nennt, das ist zwar ungesetzlich, macht aber weiters nichts, denn in der wahren Demokratie braucht der, der Geld und Macht hat, das Gesetz ja nicht zu fürchten. (Das sollten uns wir Marxisten-Leninisten der Pressepolizei gegenüber einmal trauen: eine Broschüre ohne Impressum zu drucken – na servas!)

Kommen wir jedoch auf die neuen Uniformen zurück. Schon ein flüchtiger Blick beweist, daß sie so neu nicht sind, denn im Fernsehen waren oft genug die gleichen Uniformen zu bewundern. Nur steckten dort keine Österreicher drin, sondern US-Rangers und „Elite"soldaten des Diktators Thieu. Sonderbarer Zufall, was? Da würde es uns nicht wundern, wenn sich so wie vor einigen Jahren auch wieder ein paar US-Rangers mit Vietnam-Erfahrung als Ausbilder beim Bundesheer einfänden; aufrichtige weltoffene Kerle, die beim abendlichen Kantinen-Umtrunk mit abgeschnittenen Vietkong-Ohren prahlen. Und ein weiterer Zufall will's, daß es sich bei der geplanten Bereitschaftstruppe um ein Berufsheer handeln soll. Wozu aber brauchen unsere Machthaber Berufssoldaten? Etwa gar – so wie die „Volksstimme" es gern andeutet –, um im Auftrag der USA bei einem Aggressionskrieg mitzumachen? Wohl kaum. Denn 15 000 Landsknechte machen Nixons Kraut auch nicht fett. Beweis: Als im Frühjahr 1971 rund 15 000 Saigoner „Elite"soldaten die laotische Stadt Tchepone besetzen sollten, da waren sie trotz massiver US-Unterstützung aus Laos genauso schnell wieder draußen, wie sie eingeflogen worden waren. Oder soll die Bereitschaftstruppe einen möglichen ausländischen Aggressor abschrecken oder gar zurückschlagen? Auch nicht. Beweis: 1938, beim Einmarsch der Hitler-Wehrmacht, feuerte das österreichische Berufsheer keinen einzigen Schuß ab. Was also internationale Konflikte anlangt, so sind die neuuniformierten Söldner bestenfalls – um es volkstümlich auszudrücken – zum Krenreiben zu gebrauchen. Bleibt nur noch der Feind im Innern. Na, und da ergeben sich freilich lohnendere Aufgaben. Man könnte beispielsweise wie anno '34 auf die (auch damals) von der SP-Führung verratenen Arbeiter schießen. Oder läßt Kleinkriegsminister Lü den wegen des Milchkrisengroschens rebellierenden Bauern die Ohren abschneiden?



Nun, die Stimmung in der Bevölkerung ist zwar gereizt, doch derzeit noch lange nicht revolutionär. Aber was nicht ist, kann ja noch werden, und man muß demnach den Mächtigen in Österreich zu ihrem Weitblick gratulieren. Sie haben das erkannt, was vor ihnen schon die Mächtigen in Griechenland und der Türkei erkennen mußten. Daß nämlich die Volksmassen schön langsam den bürgerlich-demokratischen Schwindel durchschauen. Und daß die Besitzenden ihr Heil dann nur noch in einer schwerbewaffneten Söldnertruppe sehen. ●

»Für die Volksmacht«, Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7; für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.
P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nr. 77 · August 1973



Sie sind sich einig

Siehe unsere Berichte auf den Seiten 3 und 4



Ein Leserbrief

Vor Jahrzehnten war die Ausbeutung durch den Kapitalisten für den arbeitenden Menschen relativ leicht zu erkennen. Sie war brutal und derb. Heute ist die Ausbeutung, der wir unterliegen, verfeinerter, umfassender, gleichzeitig aber hinterhältiger und gemeiner denn je. Wir können das nur nicht so leicht erkennen.

Geldentwertung und Inflation stellen den eigentlich schon bekannteren - wenn auch noch nicht voll durchschauten - Arm der Ausbeutung dar. Deren anderer Arm liegt in der bürgerlich-kapitalistischen Lebensart, die wir bei weitem noch nicht erkannt haben als Ausbeutungsmethode. Wir hören von der sogenannten "Wirtschaft" und können nicht sehen, daß sie einerseits nur den Profitbedürfnissen der herrschenden Klasse zu dienen hat, uns aber andererseits als "wirtschaftlicher Lebensspender" eingeredet wird. Wir glauben an das "leben und leben lassen", und daß "wir alle Menschen" sind.

Die Bourgeoisie sagt: "Auf die paar Reichen kommt es nicht an, die können gar nicht so viel verbrauchen." Was diese verbrauchen, darauf kommt es tatsächlich nicht an. Das Wesentliche liegt in der egoistischen, kurzsichtigen Lebensart und der Funktionslosigkeit der Bourgeoisie. Denn nur um Geld zu verbrauchen, in Saus und Braus zu leben, nichts für die Menschheit zu leisten und höchstens Macht- und Profitgier zu befriedigen, dazu braucht es keiner eigenen, im Laufe von Jahrhunderten total verbrauchten Gesellschaftsklasse. Die Arbeiterklasse ist entwickelt genug, um sich selbst und das ganze Volk nach ihren proletarischen, marxistisch-leninistischen Grundsätzen zu führen.

Es sei den Leuten noch nie so gut gegangen wie heute, behauptet die herrschende Klasse weiter. Wenn es so wäre, wäre es ein Verdienst der Machthaber? Die enorm gestiegenen Produktionsmöglichkeiten sind heute die Ursachen, daß uns Fernseher, Kühlschrank und auch Auto als "Ausdruck eines besseren Lebens" verkauft werden können, obwohl sie einerseits eben hauptsächlich aus Profitgründen hergestellt werden und andererseits ein Teil dessen sind, was uns der Kapitalist als lebensnotwendige Mittel zugestehen muß, damit wir für ihn unsere Arbeitskraft regenerieren und Nachkommen als Arbeitssklaven aufziehen können. Die Arbeit verrichten aber nach wie vor wir, und nicht wenig. Und wenn ein Arbeiter heute nicht unbedingt im Elendsquartier stirbt, so häufen sich doch immer mehr die Fälle, wo er in jungen Jahren an Herzinfarkt wegen Überanstrengung zugrunde geht. Es ist die Folge eben einer nicht so leicht sichtbaren Ausbeutung. Und während die privilegierten Schichten nicht mehr wissen, wie sie die Langeweile ihres Daseins ertragen sollen, wie ihre Impertinenz und Liederlichkeit neue Befriedigung finden soll, weiß der arbeitende Mensch nicht aus und ein, mit dem lebenslangen Schuldenberg, den ihm sein "besseres Leben" eingebracht hat.

Davon können vor allem Familienväter ein Lied singen, die zwei oder noch mehr Kinder zu erhalten haben. Da kann die Frau nichts mehr dazuverdienen. Für ihn nehmen Überstunden und Pfusch ungeahnte Ausmaße an, will er vom "besseren Leben" etwas sehen. Aber die Manipulation treibt uns vorwärts. Schon der junge Arbeiter muß ein Auto haben, wenn er sich auch noch so verschuldet. Kauft sich einer für die Wohnung eine neue Einrichtung, darf der andere nicht zurückstehen, sonst gilt er ja als "Hungerleider" oder "Nichtstuer". Die Kinder brauchen schon Kleidung nach der "Mode", wie "kommen sie denn sonst daher".

Über all diesen Trubel vergessen wir die wahren Zusammenhänge. Vergessen wir, daß genauso wie früher die Arbeiter arbeiten und Werte schaffen, die Reichen aber verdienen ohne zu arbeiten. Obwohl uns der Kommunismus sympathisch erscheint, dürfen wir uns nicht damit beschäftigen. Wir könnten sonst zu den "Aussätzigen" gehören. Schmeißen wir doch diese Denkungsart weg. Wahren wir unsre Interessen, die Interessen der Arbeiterklasse.

E.B., Vorarlberg ●



für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs. Erscheint monatlich, meist 16 Seiten stark. Einzelpreis S 3,–, Jahresabonnement S 30,–. Abonnementbestellungen oder Bestellungen kostenloser Probenummern bitte an die VRA: 1205 Wien, Postfach 3, oder 6923 Lauterach, Postfach 66.

Arbeiterfeinde

Fast drei Wochen lang haben die Arbeiter der verstaatlichten Böhler-Ybbstal-Werke um innerbetriebliche Lohnerhöhungen einen Streikkampf geführt. Nehmen wir es vorweg: Der Kampf brachte nicht den angestrebten Erfolg. Das vorerst abgelehnte Angebot der Firmenleitung wurde von den Arbeitern schließlich angenommen. Es mußten sich aber auch die Gewerkschaftsbonzen bereit erklären, die zunächst verweigerte Streikunterstützung auszuzahlen.

Dieser Kampf hat für alle österreichischen Arbeiter größte politische Bedeutung. Er dokumentiert den Durchbruch der richtigen Erkenntnisse in die Reihen der Arbeiterschaft. Diese Erkenntnisse sind: Die Arbeiter können ihre Interessen nur wirksam vertreten, wenn sie sich auf ihre eigene Kraft besinnen, die parteimäßige Aufspaltung vergessen, das Diktat der verräterischen Partei- und ÖGB-Bonzen nicht länger dulden.

Daß dieser Kampf lohnmäßig gesehen keinen vollen Erfolg brachte, darf niemanden wundern. Die revolutionären Kräfte in unserem Land, deren Leitlinien der Marxismus-Leninismus, die Ideen Mao Tsetungs sind, sind noch schwach und in der Arbeiterklasse unzureichend verankert. Für sie muß der Böhler-Ybbstal-Streik Signal für noch mehr Anstrengung sein, sowohl was die theoretische Einschätzung als auch den persönlichen Einsatz anbelangt. Darüber hinaus hat die gesamte österreichische Arbeiterschaft ja viel zu wenig Kampferfahrungen aus der letzten Zeit.

Demgegenüber haben sich Unternehmer und Gewerkschaftsbonzen jahrelang auf so einen Kampf vorbereitet und eingestellt. Sie sind sofort mit schwerstem Geschütz aufgefahren. Die Unternehmensleitung lehnte die Forderungen strikt ab und drohte mit einer Abmeldung von der Sozialversicherung. Das ist ein rein faschistischer Willkürakt. Die Gewerkschaftsbonzen haben diesen Akt nicht nur widerspruchslos akzeptiert, sie sind auch von Haus aus vehement gegen den Kampf der Arbeiter aufgetreten. Keine Unterstützung des Streiks! Die Arbeiter sollten ausgehungert werden! Die Bonzen legen ja auch die Gewerkschaftsbeiträge lieber bei Kapitalsgeschäften der BAWAG an, als daß sie Streikunterstützung zahlen. Und die ÖVP- und "K"PÖ-Führer benützten den Streik, um politisches Kapital für ihre Parteien herauszu-



schlagen. Es stand also eine Einheitsfront härtester Kapitalsvertreter und Parteiegoisten gegen eine Arbeiterschaft, die zwar vorbildlich klassenbewußt und kampfbereit war, die aber doch erst die ersten Kampferfahrungen lernen mußte.

Hier zeigt sich klar, warum der arbeitende Österreicher so wenig über "wilde Streiks" in anderen Ländern erfahren darf. Denn außer der Hetze dagegen müßte man dann ja auch von den Erfolgen solcher Kämpfe berichten. Die Arbeiter könnten da leicht erkennen, daß z. B. eine "Aushungerungstaktik" der Gewerkschaftsbonzen überhaupt keine Wirkung haben muß. Wie war es denn in Frankreich, als im gewerkschaftlichen Kampf völlig unerfahrene Mädchen und Frauen - Verkäuferinnen in einem Großkaufhaus - Lohnforderungen im Streik durchsetzten? Sie haben sich persönlich an die Käufer, an die gesamte arbeitende Bevölkerung der Stadt um Solidarität gewandt. Die erhaltene Streikunterstützung hätte einen unbegrenzten Streik garantiert. Oder wie war es in England, Schweden, Deutschland usw., wo man die im Kampf hervorgegangenen Streikführer unter schwerste Repressalien setzte? Die Popularisierung dieser Drohungen hat nicht nur klassenbewußte Arbeiter wachgerüttelt. Die Repressalien konnten nicht angewendet oder mußten zurückgenommen werden.

Nun, der Kampf der Böhler-Ybbstal-Arbeiter hat uns in Österreich erstmals nach längerer Zeit größere eigene Erfahrungen

in solchen Kämpfen vermittelt. Aus ihnen zu lernen, ist für unsere gesamte Arbeiterschaft wichtig.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung in der ganzen Welt und auch in Österreich ist glorreich. Nicht immer haben ihre Kämpfe der Arbeiterschaft Erfolge gebracht. Aber immer wieder ist sie aufgestanden und wird sie aufstehen, weil ihr Kampf ein gerechter ist. So lange, bis sie kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung abgeschüttelt haben wird.

Im Ybbstal wurde ein weiterer Beweis dafür geliefert, daß ÖGB- und SP-Bonzen heute die entscheidenden Träger der kapitalistischen Ausbeutung sind. Sie selbst haben das mit einer Kaltschnäuzigkeit sondergleichen dokumentiert, als sie den Arbeitern in den Rücken gefallen sind. In der Folge entlarvten sich auch die scheinheiligen "Freunde" der Arbeiter in ÖAAB und "K"PÖ immer mehr. Eine Selbstentlarvung fabrizieren vor allem die "K"PÖ- und GE-Führer. Sie kennen jetzt nur mehr eine Forderung: "Arbeiter, kommt zu uns, stärkt unsere Partei und unsere Gewerkschaftsfraktion!" Aber berufen sich die "K"PÖ-Führer nicht immer darauf, wie "revolutionär" sie wären und wie sie "das Richtige" wissen? Wo sind ihre "revolutionären Erfahrungen" geblieben? Warum schlugen sie keine einzige Möglichkeit vor, wie "Aushungerungstaktik" und Repressalien verhindert werden könnten? Mit einigen Tausend Schilling "Streikunterstützung" wollten sie sich lediglich die Möglichkeit erkaufen, jetzt für ihre eigene Position eine Stärkung herauszuschlagen. Denn Stärkung als Partei und Stärkung als Gewerkschaftsfraktion bedeutet für sie mehr Posten und Pfründen. Und im übrigen betätigen sie sich jetzt wieder als Feuerwehr für die großen Gewerkschaftsbosse - mit denen sie auf Du und Du sind -, indem sie vehement der Stimmung unter den Arbeitern entgegentreten, die voll Empörung über die Gewerkschaft sind: "Nicht die Gewerkschaftsbücher hinhauen". Die "K"PÖ-Bücher sollen statt dessen genommen werden. Die Enttäuschung klassenbewußter Arbeiter soll wieder als Steigbügel für neue Bonzen dienen.

"Demokratische Gewerkschaften" und eine "revolutionäre Gewerkschaftsfraktion", so nennen die "K"PÖ-Führer die Illusionen, die sie jetzt in ihrem eigenen Interesse und im Interesse des Kapitals unter die Arbeiter streuen wollen. Sie gebrauchen dabei das gleiche Vokabular wie verschiedene Linke, die von sich aus wirklich revolutionär gesinnt sind. Dahinter steckt aber nichts anderes, als das bestehende System aufrecht zu erhalten. Der Platz an der Futterkrippe soll nur anders verteilt werden. Unserer Meinung nach ist das ein bedeutsames Beispiel für ehrliche, revolutionäre Kräfte, ihre Einstellung zu überdenken.

Es ist momentan sicherlich kein Trost für die Böhler-Ybbstal-Arbeiter, wenn wir sagen: Ihr Kampf wird sicherlich der gesamten österreichischen Arbeiterschaft neue Impulse und Erkenntnisse vermitteln. Es ist aber so. Österreich als "Insel der Glückseligen" existiert nicht. Wir unterliegen den Gesetzen des Klassenkampfs wie die Arbeiter, die unterdrückten Völker der ganzen Welt genauso. Erkennen wir das Fanal, das die Böhler-Arbeiter gesetzt haben. Lernen wir, schließen wir uns auf der Ebene des Marxismus-Leninismus, der Ideen Mao Tsetungs enger zusammen. Stärken wir unsere Kampfbereitschaft. Die gerechte Sache der arbeitenden Menschen wird siegen!



Waschechte Kapitalisten:

Die ÖGB-Bonzen

In der Artikelserie "Über unsere Perspektiven" haben wir geschrieben: "Gerade weil die SP-Arbeiter diese Revolution wollen werden, müssen sie ihre derzeitigen Führer, die von Klassenverrätern bereits zu Klassenfeinden geworden sind, entschlossen und schonungslos bekämpfen, bis zu ihrer völligen Isolierung und Vertreibung aus den Reihen der Arbeiterschaft. Und nur wenn diese Führer politisch restlos geschlagen und praktisch einflußlos geworden sind, kann die Revolution siegen".

Aber, so haben wir weiter gesagt, es gibt keine automatische Revolutionierung der SP-Arbeiter. Es gibt nur die objektive Möglichkeit und es hängt vom subjektiven Faktor, von den Marxisten-Leninisten, ab, ob diese Möglichkeit zur Wirklichkeit wird.

Womit aber haben heute die Marxisten-Leninisten zu beginnen, wenn sie diese Möglichkeit zur Wirklichkeit machen und als ersten Schritt dazu eine revolutionäre Arbeiterpartei aufbauen wollen?

"Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selber sein." Wir müssen heute den Arbeitern ihre Stärke bewußt machen. Ihnen klar machen, daß sie berechtigte und gerechte Forderungen nur durch ihren eigenen Kampf durchsetzen können. Denn nur allein durch diese Kämpfe werden sie bestenfalls in Zeiten der Hochkonjunktur ihre Arbeitskraft günstiger verkaufen können (denn auch das muß man sich erkämpfen!) und in Krisenzeiten die verstärkten Angriffe des Kapitals abwehren können. Das allein wäre aber ein "ewiger Kreislauf", dem die Arbeiter ausgeliefert wären, wenn sie ihr Klassenziel nicht erkennen. Die historische Aufgabe der Arbeiterklasse ist der Sturz der Ausbeuter und die Errichtung der Arbeitermacht. Dieses Ziel müssen wir immer vor Augen haben, müssen wir in der täglichen Kleinarbeit immer wieder den Arbeitern erklären. Wir müssen lernen, ihnen alle Angelegenheiten aus diesem Blickwinkel darzulegen. Das wird uns davor bewahren, in Ökonomismus abzugleiten, das heißt, sich nur stur um die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu kümmern, und die revolutionäre Perspektive aus den Augen zu verlieren.

Der Ansatzpunkt unserer Arbeit liegt im Betrieb. Das ist offensichtlich, denn ohne Verankerung in der Arbeiterschaft wären wir nur ein Propagandazirkel. Wir würden mit der Zeit zu einer zwar "prinzipienfesten", aber bedeutungslosen Sekte entarten.

Unsere Politik kann gegenwärtig nur eine der kleinen Schritte sein, dabei sollen wir unsere Kraft und Möglichkeiten aber auch nicht unterschätzen. Vor Überheblichkeit und Überschätzungen müssen wir uns jedoch hüten. Wir müssen nüchtern unsere Möglichkeiten abwägen und unsere Kräfte maximal auf unsere Hauptaufgaben konzentrieren. Die sind die Betriebsarbeit und die Propaganda für und in unseren Zeitungen.

Gegen das Buchwissen

Wenn wir von Betriebsarbeit sprechen, müssen wir uns vor dogmatischen Fehlern hüten. Wir werden in den gesammelten Werken der Klassiker keine fertigen "Rezepte" finden. Eine richtige Politik und Taktik entsteht eben nicht im Studierzimmer, sondern aus der Dialektik von Theorie und Praxis. Prüft man seine Gedanken nicht an der Praxis nach, so kann man viel Falsches behaupten und große Verwirrung stiften. Ohne Konfrontation mit der Wirklichkeit, und ohne daß wir aus unseren Erfahrungen schöpfen, wird jeder revolutionäre Enthusiasmus nur sinnlos vergeudet werden. Und es besteht auch die Gefahr, daß enttäuschte - weil letzten Endes erfolglose - ehrliche Aktivisten ins Lager des Reformismus und Revisionismus getrieben werden. Das heißt nicht, daß wir das Studium der Klassiker ablehnen, aber "Auswendiglernen" von marxistisch-leninistischen Werken kann uns das praxisbezogene Denken nicht ersparen.

ÖGB-Bonzen sichern die Ausbeutung

Wenn wir von der Betriebsarbeit sprechen, so muß uns auch klar sein, daß diese Arbeit <u>unmittelbar</u> nichts mit der Gewerkschaft oder besser mit "Gewerkschaftsarbeit" zu tun hat. Unter den <u>heutigen</u> Verhältnissen <u>in Österreich</u> spielt sich der Tageskampf der Arbeiter im Rahmen des Betriebes ab, nicht im Rahmen der Gewerk-



schaft als Ausgangspunkt von Klassenkämpfen. Die Gewerkschaft hemmt den Kampf der Arbeiter heute in jeder Weise. Ihre wesentliche Aufgabe ist es, etwaige Kämpfe der Arbeiterschaft vorauszusehen und sie im vornherein mehr oder weniger versteckt, meistens jedoch offen, abzuwürgen. Wenn betriebliche Kämpfe aber schon ausgebrochen sind, bremst der ÖGB den Kampf, verweigert seine Unterstützung und sucht mit allen Mitteln den Arbeitern eine Niederlage beizubringen. Die Gewerkschaft arbeitet so als Feuerlöscher für das Kapital. Die Ausbeutung der arbeitenden Menschen mittels der gelenkten Inflation, das System der auf Zeit ausgepackelten Lohnrunden, das Sozialpartnerschaftssystem der Paritätischen Kommission sind maßgeblich von den SPÖ- und Gewerkschaftsbonzen initiiert worden.

Der Gewerkschaftsapparat hat für sich eine solide Grundlage geschaffen. Es gibt für das "einfache" Gewerkschaftsmitglied in Österreich keine Möglichkeit der direkten Konfrontation mit den Führern. Es gibt keine Möglichkeit – etwa auf Gewerkschaftsversammlungen – an der Festlegung der Gewerkschaftspolitik mitzuarbeiten und von den Verantwortlichen Rechenschaft zu verlangen. Der Gewerkschaftsapparat ist ein Königreich für sich. Er bezahlt sich selbst und gut von den Beiträgen der Mitglieder. Die "sozialen Errungenschaften", die sich der Gewerkschaftsapparat gewährt, sind einmalig in Österreich. Diesbezüglich gibt es auch keine "Fraktionsstreitigkeiten". Da geht alles nach dem Proporz vor sich.

Die Ursachen dieses Systems gehen auf die Gründung des ÖGB zurück. Nach der Zahl der in den Betrieben auf die Parteilisten von SPÖ, "K"PÖ und ÖVP gewählten Betriebsräte wurden Macht, Einfluß, Posten und Pfründen im "einheitlichen" ÖGB vergeben. Die von Zeit zu Zeit stattfindenden "Wahlen" für die Leitungen werden von gesiebten Parteidelegierten durchgeführt. Ihr Endergebnis steht schon lange vorher fest.

Da die SPÖ-Führung nach 1945 die Arbeiterschaft mit ihren demagogischen Phrasen wieder belügen und hinter sich vergattern konnte, beherrscht sie fast uneingeschränkt auch den ÖGB. Der einzige Kontakt, den ein Mitglied mit der Gewerkschaft haben kann ist der, wenn in Kleinbetrieben, wo der Beitrag noch nicht direkt durch den Unternehmer vom Lohn einbehalten wird, der Kassier kassieren kommt. In größeren Betrieben gibt es keinen Kontakt des "einfachen" Mitgliedes mit der Gewerkschaft. Außer auf einer Betriebsversammlung, wie sie gesetzlich vorgeschrieben ist und bei der auch nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeiter teilnehmen, erscheint ein bezahlter Gewerkschaftssekretär. Der ist dann abgebrüht genug, etwaige Mißfallensäußerungen der Arbeiter über die Gewerkschaftspolitik lächelnd anzuhören, um dann erst recht demagogisch die Arbeiter niederzubügeln und parteimäßig aufzuspalten.

In der Praxis des ÖGB ist es so, daß parteiungebundene Betriebsräte auf Gewerkschaftstagungen gar nicht in Erscheinung treten können, weil sie ja von keiner Fraktion delegiert werden. Und Einladungen erhalten sie nicht. Es sei denn, ihre "Ungebundenheit" ist nur Maske.

So kann man auf Gewerkschaftstagungen Demokratie spielen: Man ist ja unter sich, da kann ja nichts passieren. Die Delegierten werden von SPÖ, ÖVP, KPÖ und neuerdings auch von der FPÖ geschickt. Außerdem wurde die "Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftliche Einheit" als systembejahend akzeptiert. Welche Funktion diese Parteien und Gruppen innehaben, dürfte für jeden Marxisten-Leninisten und fortschrittlichen Arbeiter klar sein.

Revolutionierung der Gewerkschaften?

Bei einem solchen System von "Revolutionierung" oder "Demokratisierung" der Gewerkschaft zu sprechen, um eine "revolutionäre Gewerkschaftsfraktion" kämpfen zu wollen, wäre von der Praxis losgelöster Dogmatismus.

Die Trotzkisten zum Beispiel treten für "kampfstarke, klassenbewußte Gewerkschaften" ein und bezeichnen den ÖGB als die Massenorganisation des Proletariats. Es ist aber ganz klar, daß der ÖGB ein Instrument des Kapitals ist. Wenn man da Illusionen weckt, daß es da noch etwas zu "revolutionieren" gäbe, daß man den ÖGB wieder proletarisch machen könnte, dann arbeitet man als Zutreiber der Gewerkschaftsführer. Denn auch nur die geringste Täuschung über die Rolle des Gewerkschaftsbundes wird die Arbeiterschaft vom selbständigen Kampf – ohne und auch gegen die Bonzen – abhalten.

Auch wenn man sich denken könnte: "Na ja, die Gewerkschaft ist der Bourgeoisie nicht mehr zu entreißen. Trotzdem muß man in ihr 'arbeiten', weil dort eben, wie Lenin sagte, die Massen sind." Das ist ebenfalls ein Trugschluß. Wo sind die Massen der Arbeiter? In den Betrieben. In der Gewerkschaft herrschen die Bonzen, die großen und kleinen Bürokraten. Die Masse der Mitglieder hat, wie schon oben gesagt, in der Gewerkschaft nichts zu reden und auch gar keine Möglichkeit dazu.

Wenn man glaubt, die heutige gelbe Gewerkschaft in eine umwandeln zu können, die sich wenigstens für die Tagesforderungen des Proletariats einsetzt, also in eine reformistische Gewerkschaft, so ist man zutiefst rückschrittlich.

Als Instrument der SP-Parteipolitik hat der Gewerkschaftsbund die gleiche Entwicklung durchgemacht wie die SPÖ. Und die SPÖ-Politik ist heute eine Politik im Interesse des Monopolkapitals. Die kleinbürgerlichen Arbeiteraristokraten an der Spitze von SPÖ und Gewerkschaften haben sich zu bürokratischen Kapitalisten entwickelt, die mit an den Schalthebeln der Macht im kapitalistischen Österreich sitzen. Mit der aus Gewerkschaftsbeiträgen gegründeten BAWAG haben sie sich ein Finanzimperium geschaffen, wie es in Privatbesitz kein anderes in Österreich gibt. Genausowenig wie die SPÖ kann man den Gewerkschaftsbund "revolutionär" machen.

Solche Losungen wie "Revolutionierung", "Demokratisierung" des Gewerkschaftsbundes, "Arbeiterdemokratie im ÖGB" usw. haben in der Praxis letzten Endes eine ähnliche Funktion wie die Hilfsdienste der "K"PÖ-Führer für die Gewerkschaftsbonzen: Nämlich die Arbeiterschaft unter dem Vorwand des "Kampfes" dazu zu bringen, sich den Bonzen unterzuordnen. Was aber die Arbeiterschaft braucht, ist das Vertrauen in ihre eigene Kraft. Sie muß ohne irgendwelche Bonzen ihre Forderungen formulieren. Die Arbeiter müssen selber sagen, was sie wollen, in Betriebsdiskussionen und Betriebsversammlungen. Und sie müssen bereit sein, für die Durchsetzung ihrer Forderungen einzutreten. Wird der Kampf richtig, einheitlich und entschlossen geführt, wird er zum Erfolg führen. Dafür gibt es Beispiele genug. Aber selbst Niederlagen im Kampf werden das Bewußtsein der arbeitenden Menschen weiterentwickeln. Sie werden aus diesen Erfahrungen lernen.

Im selbständigen Kampf in den Betrieben liegt der Ausweg. Wie jede große Sache kann sich auch das vorerst nur klein entwickeln. Aber Beispiele – egal ob mit negativem oder positivem Ausgang – machen Schule. Vor solchen Kämpfen mit ihrer Beispielwirkung haben die Bonzen und die Unternehmer Angst. Deshalb wollen sie sie mit allen Mitteln verhindern.

Darauf zielt auch das neue "Arbeitsverfassungsgesetz" der SPÖ ab. Die Betriebsräte sind nämlich nicht an den ÖGB gebunden. Tatsächlich sind sie nur ihren Wählern – den Arbeitern in den Betrieben – rechenschaftspflichtig. Ihre Aktivität hat sich ausschließlich nach den Wünschen der Arbeiter zu richten, wenn dies in der Praxis auch sehr wenig der Fall ist. Aber darin liegt die Gefahr für die ÖGB-Führer. Denn was ist, wenn sich die Arbeiter auf Grund ihrer Erfahrungen einmal dazu entschließen, wirklich klassenbewußte Kollegen als Betriebsräte zu wählen und sich einheitlich und fest um diese scharen? Dann wäre es aus mit der Manipulation und dem Verrat. Die Bonzen würden funktionslos werden. Deshalb soll die neue "Arbeitsverfassung" die Betriebsräte endgültig an die verräterischen Bonzen ketten. Genauso, wie es schon in anderen Ländern der Fall ist.

Aber in den betrieblichen Kämpfen werden sich unweigerlich auch ehrliche und selbstlose Kämpfer für die Interessen der Arbeiterklasse herausbilden. Dabei wird auch die Notwendigkeit der Schaffung einer revolutionären Partei der Arbeiterklasse deutlich werden und die Lehren des Marxismus-Leninismus, der Ideen Mao Tsetungs werden von den bewußtesten Kämpfern als die Leitlinien zum Erfolg anerkannt werden. Letzten Endes wird sich in der gesamten Arbeiterschaft die Erkenntnis durchsetzen, daß sie sich nur selbst von den Ausbeutern und Bedrückern, von ihren Sorgen und Nöten befreien kann und muß.

"Mann der Arbeit aufgewacht und erkenne Deine Macht. Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will!" ●



Friedensengel?



Nach den Meinungsmachern hier in Österreich sieht nach der Zusammenkunft Nixon-Breschnew alles wunderbar aus. Sie unterhielten sich in Washington über schöne Dinge, schöne Autos und schöne Frauen. Und die amerikanische Presse berichtete beruhigt, daß von Breschnew überhaupt nichts zu befürchten sei, weil er ja ebensolch ein Businessman wie Nixon wäre. Der erstaunten Welt wurde sodann mitgeteilt, daß dieser Nixon, der den traurigen Ruhm besitzt, den Vietnamkrieg auch auf das neutrale Kambodscha ausgeweitet zu haben, und jener Breschnew, der die Tschechoslowakei von russischen Panzern überrollen ließ, den Frieden der Welt nun sichern werden.

Wie sieht die Sache nun in Wirklichkeit aus? Auf Grund welcher Situation kam es zu dieser Zusammenkunft, auf Grund welcher Situation kam es zu dem Abkommen zwischen den beiden Supermächten, das in der ganzen Welt als ein Friedensabkommen verkauft werden soll? Wie ist die Situation der beiden Supermächte und wie ist die gesamte Weltsituation?

Die USA, die vor einigen Jahren noch die größte Militärmacht der Welt war, hat den Krieg in Vietnam endgültig und unwiderruflich verloren. Dadurch ist nicht nur das militärische Prestige der USA angeschlagen, sondern auch ihr wirtschaftliches und politisches Prestige zusammengebrochen. Dazu kommt noch, daß Nixon durch die Watergate-Affäre persönlich angeschlagen ist. Watergate ist ja nichts anderes als der Ausdruck der Zerstrittenheit der amerikanischen Monopolkapitalisten, die einander den Schwarzen Peter der Niederlage zuschieben wollen.

Zu diesem Nixon kommt nun Breschnew, der Führer aller Russen. Was führt ihn nach Washington? Wie hat sich die Situation in Rußland entwickelt, seit die Revisionisten unter Chruschtschow die Macht an sich gerissen und den Kapitalismus wiederhergestellt haben?

Dieses Rußland, das beispielgebend war in seinem wirtschaftlichen Aufbau und seinem wissenschaftlichen Fortschritt, ist heute zu einer wirtschaftlichen Stagnation gekommen, Technologie und Wissenschaft sind im Rückstand. Wir erleben, daß dieses Land, welches den ersten Weltraumsatelliten, den Sputnik, hatte, jetzt seine Experten als Lehrlinge nach Houston schikken muß, um im NASA-Zentrum die Technologie der Amerikaner zu lernen.

Das einzige, was heute ein reales Wachstum aufzuweisen hat, ist die Rüstungsindustrie. Sie ist ins Maßlose aufgebläht, auf Kosten der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Völker der UdSSR.

Wir erleben ein Rußland, dessen Landwirtschaft völlig zusammengebrochen ist, ein Rußland, das jetzt gegen Gold von der amerikanischen Landwirtschaft das fehlende Getreide kaufen muß.

Die ehemalige Solidarität der Sowjetvölker ist im Zusammenbruch begriffen. Der großrussische Chauvinismus, der einen Höhepunkt erreicht hat, wie man ihn nur aus dem zaristischen Rußland kannte, dient den Revisionisten dazu, die Völker gegeneinander aufzuhetzen. Durch Antisemitismus treiben die Sozialimperialisten jährlich Tausende von Menschen als Kanonenfutter nach Israel.

Rußland ist wirtschaftlich, sozial und politisch in eine vollkommene Sackgasse geraten. Wie alle reaktionären Regimes, so ist auch Rußland umso aggressiver nach außen, je geschwächter es im Inneren ist. Diese Aggressivität zeigt sich in der Unterdrückung der von Rußland abhängigen Länder, die offensichtlich wurde im Überfall auf die ČSSR. Sie zeigt sich auch in den verschiedenen Intrigen und subversiven Handlungen, die Rußland in seinen Nachbarländern setzt - die letzte war der Putsch in Afghanistan, der sich auch gegen Pakistan und China richtet. Das alles bringt klar zum Ausdruck, daß Rußland in die Fußstapfen der USA getreten ist und durch Expansion seine inneren Widersprüche überspielen will.

Aber die Welt hat sich verändert. China ist nach der Kulturrevolution zum mächtigen Vorbild der Dritten Welt geworden, zu einem Vorbild der Völker, die für ihre Unabhängigkeit, für ihre Freiheit kämpfen. Sie sehen im revolutionären Aufschwung Chinas, daß man aus eigener Kraft dem Imperialismus furchtlos gegenübertreten kann und ihn - wie Vietnam gezeigt hat - auch als ein kleines Land besiegen kann.

Die Welt ist heute im Aufbruch begriffen. Staaten, die es früher nie wagten, aufzubegehren, wollen heute die Unabhängigkeit, unterdrückte Nationen kämpfen um ihre Freiheit, die Völker wollen die Revolution. Das ist eine offenkundige geschichtliche Strömung geworden. Nun versuchen Nixon und Breschnew, das "Rad der Geschichte" zurückzudrehen. Sie versuchen diese Welt, die in Aufruhr ist, unter ihrer Oberherrschaft zu halten.

Aber das Abkommen zwischen den beiden ist ein Gangsterabkommen. Sie versuchen, sich auf Kosten Dritter zu sanieren, dabei warten sie nur eine günstige Gelegenheit ab, um übereinander herzufallen, weil das



eben ein Anliegen ihrer räuberischen und imperialistischen Natur ist. Sie waren daher nicht imstande, ihre Gegensätze untereinander auszugleichen. Ein Beispiel dafür ist der Nahe Osten, wo beide um die Energieversorgung durch Erdöl raufen.

Die Großmachtpolitik der Supermächte USA und Rußland birgt für die Völker der Welt, auch Europas, die Gefahr sogar eines dritten Weltkrieges. Dem amerikanischen Imperialismus ist China als Bollwerk der Weltrevolution ein Dorn im Auge; den russischen Machthabern noch mehr. Und so ist ihre ganze Politik davon bestimmt, die günstigsten Voraussetzungen für einen militärischen Angriff auf China zu schaffen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet - um trotz der Schwierigkeiten noch mehr aufrüsten zu können - gibt es deshalb die riesigen Offerte an Bonn und Washington anläßlich der letzten Reisen Breschnews. Die allergrößten Monopolkapitalisten bereiten sich nun darauf vor, in Moskau Einzug zu halten und ihr Geld an der billigen russischen Arbeitskraft gewinnbringend anzulegen, gigantische Profite zu machen. Wie schon früher unter den Zaren soll westliches Geld den Marsch russischer Truppen nach dem Osten ermöglichen. Breschnew und Co. als neue Zaren träumen den Traum der alten Zaren weiter.

Und auf politischem Gebiet will sich Moskau vor allem einmal den Rücken in Europa absichern. Aus diesem Grund die Aktivität, die unter dem Titel "Europäische Sicherheit" und "Truppenabbau" die Völker irreführen soll. Dabei geht es in Wirklichkeit darum, die Oberherrschaft der beiden Supermächte abzusichern und die Völker an revolutionären Bewegungen zu hindern. Wie der Schelm denkt, so ist er aber. Verträge von Imperialisten untereinander waren oft genug nicht einmal das Papier wert, auf dem sie geschrieben waren: Sie wurden zerrissen wie nichts!

Das beste Beispiel dafür, was von dem ganzen "Friedens"- und "Sicherheits"schwindel zu halten ist, liefern die 58 russischen Divisionen, davon 24 Panzerdivisionen, die in Europa stehen. Und trotz der wachsenden Massierung russischer Truppen an der chinesischen Grenze (derzeit über 5o Divisionen und Hunderte Atomraketen) geht die Verstärkung der russischen und Warschauerpakttruppen in Europa weiter. Sie tun das, weil sie trotz aller "Abkommen" den imperialistischen Konkurrenten nicht trauen und für sie eine militärische Niederhaltung Europas die beste Absicherung ist. Das ist von imperialistischer Sicht aus vollkommen verständlich. Trotz "Händeschütteln" und "Freundesküssen" will doch einer den anderen lieber am Boden sehen, will einer dem anderen Macht und Einfluß schmälern.

Deshalb sehen die US-Imperialisten diese Politik der Machthaber im Kreml nicht ungern. Sie erhoffen sich nämlich, ein durch eine Auseinandersetzung mit China geschwächtes Rußland leicht als Konkurrenten um die Weltherrschaft ausschalten zu können. So belauern sich die beiden Supermächte gegenseitig ständig, versuchen ihre eigene Position womöglich auf Kosten des anderen zu stärken - es ist eine Zeit, wo es darum geht, heute die Alliierten für die Auseinandersetzung von morgen zu finden.

Aus der oben geschilderten Entwicklung in Europa erklärt sich auch die derzeitige österreichische Politik. Die Herrschenden in Österreich haben es schon immer verstanden, sich an die Großmächte anzubiedern und als deren Lakaien für sich etwas herauszuholen. Weil sie erkannt haben, daß die Sozialimperialisten auf dem besten Weg sind, die kommenden Herrscher Europas zu werden, katzbuckelt die österreichische Regierung sowohl vor den "alten" amerikanischen als auch vor den "neuen" russischen Imperialisten und tritt als "Diener zweier Herrn" auf. Ihre Politik hat mit Neutralität überhaupt nichts zu tun!

Die Haupttendenz in der Welt ist heute die Revolution. Es besteht aber auch die Gefahr eines dritten Weltkriegs. Entweder wird die Revolution dem dritten imperialistischen Weltkrieg zuvorkommen und ihn verhindern, oder dieser Krieg wird unweigerlich die Revolution hervorrufen. Wir Marxisten-Leninisten kämpfen für die erste Möglichkeit; wir wollen nicht die ungeheuren Opfer eines imperialistischen Weltkriegs, unser Ziel ist es, daß die Revolution den Ausbruch eines imperialistischen Blutbades verhindert!

Dazu müssen sich aber die Völker der Welt zusammenschließen und beiden, dem amerikanischen und dem russischen Imperialismus eine Abfuhr erteilen. Wir werden alle und alles unterstützen, was in diese Richtung geht. Wir wissen aber, daß der Kampf letzten Endes nur erfolgreich sein kann, wenn die Völker ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Das heißt, wenn die führende Kraft dieses Kampfes eine revolutionäre Arbeiterklasse unter der Führung einer marxistisch-leninistischen Partei ist.

★

Obiger Artikel gibt den einleitenden Vortrag wieder, der bei einer am 27. Juli im Gasthof "Bayrischer Hof" stattfindenden Diskussionsversammlung gehalten wurde. Die Zusammenkunft hatte das Thema: "Verschwörung gegen die Völker Europas".

Trotz der Tatsache, daß der Zeitpunkt der Veranstaltung in die Urlaubszeit fiel, war guter Besuch zu verzeichnen. Unter den Teilnehmern war die Jugend in der Überzahl. Einige Jugendliche gehörten Organisationen wie dem "Verband Sozialistischer Mittelschüler" oder der "Katholischen Arbeiterjugend" an. Viele Teilnehmer der Diskussion waren auf die zahlreich angebrachten Ankündigungen hin gekommen. Die älteren waren Sozialdemokraten oder Mitglieder der "K"PÖ, die sich lebhaft an der Diskussion beteiligten. Diese war fruchtbar, denn viele Fragen, die im Referat aus Mangel an Zeit nur gestreift werden konnten, wurden nun eingehend geklärt.

Wir sind sicher, daß diese Probleme Widerhall finden werden. Nicht alle Fragen sind im Referat aufgegriffen, neue werden sich herauskristallisieren. An der Diskussion darüber sollen sich auch unsere Leser beteiligen. ●

Unsere Unsicherheit

Anfang Juli ging die sogenannte „Sicherheitskonferenz" in Helsinki zu Ende, und zur gleichen Zeit beehrte der russische Ministerpräsident Kossygin Österreich mit einem offiziellen Besuch. Sowohl die beteiligten Regierungen als auch die Massenmedien betonten, daß beide Ereignisse zusammengehörten, nämlich als Teile der „Entspannungs"offensive des Sozialimperialismus. Was diese Offensive für unsere Sicherheit in Wahrheit bedeutet, erfuhr man aus zwei Meldungen, die von den Politikern und der Presse in Österreich geflissentlich vertuscht oder verharmlost wurden.

Am 6. Juli berichtete „Die Presse", Kossygin habe den Wunsch Lütgendorfs nach Revision der Raketenklausel im Staatsvertrag mit der alarmierenden „Begründung" zurückgewiesen, „man solle sich da doch bitte keine Sorge machen, die Sowjetunion werde Österreichs Neutralität schon verteidigen"(!). Eine solche „Verteidigung" wäre bestenfalls ein wahrer Bärendienst, den uns da der russische Sozialimperialismus erweisen würde, höchstwahrscheinlich aber eine willkürliche militärische Intervention nach „bewährtem" Muster. Das geht nämlich aus einer zweiten Meldung hervor, die fast gleichzeitig in der Weltpresse gebracht wurde.

Am 4. Juli kündigte der Pressechef des russischen Außenministeriums, Sofinski, auf einer Pressekonferenz in Helsinki an, „daß sich Ereignisse wie im August 1968 wiederholen könnten!" Der bewaffnete Überfall der Warschauer-Pakt-Staaten auf die ČSSR wäre, so erklärte er, „eine Hilfeleistung auf Bitte der tschechoslowakischen Regierung" (!) gewesen. Und Sofinski fügte drohend hinzu: „Dasselbe gilt auch für die Zukunft". Die russischen Sozialimperialisten behalten sich also ausdrücklich das „Recht" vor, auch anderen Ländern in der gleichen Weise zu „helfen", wie sie es vor fünf Jahren der ČSSR angetan haben!

Jeder weiß, daß der Kreml bis heute keinerlei „Hilfsansuchen" der ČSSR-Regierung vorweisen, ja nicht einmal den Namen irgendeines tschechoslowakischen Politikers nennen konnte, der um den russischen Einmarsch „gebeten" hätte. Jeder weiß, daß die Prager Behörden gegen den Einmarsch protestiert und betont haben, daß weder der Staatspräsident noch die Regierung noch die Parteiführung davon vorher auch nur in Kenntnis gesetzt worden war.



Wenn es die russischen Sozialimperialisten heute wagen können, unter dem Deckmantel der „Entspannung" und der „europäischen Sicherheit" derartige Drohungen auszustoßen und diese mit so faustdicken Lügen zu „untermauern", dann ist dies zweifellos ein Ergebnis der jüngsten Breschnew-Reise nach Amerika. Nicht zu Unrecht bringt „Die Presse" die Ankündigung Kossygins, Rußland werde Österreichs Neutralität „verteidigen", mit dem Breschnew-Nixon-Abkommen in Zusammenhang!

Aus diesen Meldungen ersieht man, welch gefährliche Periode der Unsicherheit jetzt für Europa und Österreich begonnen hat. ●

Von der sozialistischen Sowjetunion zum sozialimperialistischen Neo-Zarismus

Karl Marx traf in seiner "Kritik des Gothaer Programms" der deutschen Sozialdemokratie die überaus bedeutsame Feststellung: "Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats" (von Marx unterstrichen). Der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus betonte auf Grund der Erfahrungen der Pariser Kommune: Die Diktatur des Proletariats "beseitigt nicht den Klassenkampf, durch den die arbeitenden Klassen die Abschaffung aller Klassen und folglich aller Klassenherrschaft erreichen wollen". Die Arbeiterklasse weiß, sagt er, "daß dieses Erneuerungswerk immer wieder aufgehalten und behindert werden wird durch die Widerstände erworbener Anrechte und Klassenegoismen"; sie weiß, daß sie auf "sporadische Sklavenhalterrebellionen" gefaßt sein müsse. (Marx-Engels-Werke, Bd.17 S. 545-546.) Und Lenin erklärte auf Grund der ersten Erfahrungen der Sowjetmacht ganz im Sinne von Marx: "Theoretisch unterliegt es keinem Zweifel, daß zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus eine gewisse Übergangsperiode liegt. Diese muß unbedingt die Züge oder Eigenschaften dieser beiden Formationen der gesellschaftlichen Produktion vereinen. Diese Übergangsperiode kann nur eine Periode des Kampfes zwischen dem sterbenden Kapitalismus und dem entstehenden Kommunismus oder, mit anderen Worten, zwischen dem besiegten, aber noch nicht vernichteten Kapitalismus und dem geborenen, aber noch ganz schwachen Kommunismus sein". ("Ökonomie und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats", Oktober 1917.)

Die theoretischen Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus in dieser Kardinalfrage laufen also auf zwei Punkte hinaus: 1.Die Epoche des Sozialismus, d.h. der ersten Phase des Kommunismus, ist eine Übergangsepoche, in welcher sowohl der Vormarsch zum Kommunismus als auch die Rückentwicklung zum Kapitalismus möglich ist. 2. Entscheidend dafür, welcher Weg eingeschlagen wird, ist der Charakter des politischen Überbaus, d.h. die Frage, ob das Proletariat seine Diktatur beibehält und festigt oder ob die Bourgeoisie ihm die Staatsmacht entwindet und ihre eigene politische Herrschaft wiedererrichtet.

Nach Stalins Tod haben die bürgerlichen Schichten in der Sowjetunion - nach entsprechender ideologischer Vorbereitung - die Staatsmacht der Arbeiterklasse (Diktatur des Proletariats) gestürzt und ihre eigene Klassenherrschaft errichtet. Genosse Mao Tsetung lehrt: "Darin, ob man die Massen schützt, oder ob man sie unterdrückt, liegt der Grundunterschied zwischen... der Diktatur des Proletariats und der Diktatur der Bourgeoisie." Die Herrschaft der Arbeiterklasse, die Volksmacht, liegt also dann vor, wenn die arbeitenden Menschen geschützt, die Ausbeuterklassen aber unterdrückt werden; und umgekehrt.

Wie verhielt es sich mit diesen entscheidenden Merkmalen des Klassencharakters der Staatsgewalt in der Sowjetunion unter Stalins Führung? Der Agent des US-Imperialismus Henry Shapiro, der 40 Jahre lang (von 1933 bis 1972) als Moskauer Korrespondent der amerikanischen Agentur "United Press" die Entwicklung des Klassenkampfes in der sozialistischen Sowjetunion "beobachtete", entrüstete sich in seinen "Erinnerungen" über den Terror, dem so manche "hohe Offiziere, Beamte, Sicherheitsagenten..., Schriftsteller und Künstler, Betriebsdirektoren und Techniker" mitsamt ihren konterrevolutionären trotzkistischen und bucharinistischen Führern zum Opfer gefallen seien. Doch in diesem "Alptraum", wie er die Bekämpfung der Feinde des Arbeiter- und Bauernstaates nennt, "blieben gewöhnliche Arbeiter und Bauern verschont", fügt er bezeichnenderweise hinzu. ("AZ", 17.12.1972.) Dieser bürgerliche Zeuge ist nicht der einzige, der bestätigte, daß die Werktätigen unter der Diktatur des Proletariats geschützt wurden; es gibt umgekehrt niemanden, der das Gegenteil beweisen wollte! Wie verhält es sich mit der Frage der Klassenherrschaft nach dem revisionistischen Umsturz? Lesen wir, was ein anderer Feind der Arbeiterklasse und des Sozialismus, der deutsche Schriftsteller Günther Wagenlehner, auf Grund seiner mehrjährigen Erfahrungen als Wirtschaftsfachmann in der UdSSR schreibt: Unter Stalin sei dafür "gesorgt" worden, "daß die Personen des Apparats wechselten und damit unsicher und unselbständig waren... Es fehlte der sowjetischen Oberschicht vor allem das Bewußtsein ihrer Macht - aber auch die Möglichkeit, sie auszuüben." Doch nach der "kalten" Konterrevolution, die von der Chruschtschow-Breschnjew-Clique Mitte der fünfziger Jahre durchgeführt wurde, änderte sich die Sachlage von Grund auf. "Mit einem Schlage", schreibt der Autor weiter, "war es dieser Führungsschicht klar geworden, daß sie nun in ihrer Gesamtheit über die wirtschaftliche und politische Macht verfügte... Aus der Interessengruppe wurde die herrschende Klasse - die Sowjetbourgeoisie... Selbstverständlich waren die Ansätze dieser Verbürgerlichung schon in der Stalin-Zeit vorhanden; aber erst nach seinem Tode kam sie voll zum Durchbruch... Damit ist die 'Diktatur des Proletariats' zu einer 'Diktatur über das Proletariat' geworden." ("Das sowjetische Wirtschaftssystem und Karl Marx", Köln-Berlin, 1960, S.236-237, 239.)

Der Klassengegner hat natürlich ein lebhaftes Interesse, jede auftretende Schwäche in der Entwicklung des Sozialismus aufzudecken und aufzugreifen. Eben deshalb müssen wir eine ernstgemeinte (d.h. vom Standpunkt der Selbstverständigung der Kapitalisten hinsichtlich ihrer Kampfposition gegenüber dem Proletariat ernstgemeinte) Kritik des Klassengegners aufmerksam studieren. Auf der anderen Seite trachtet aber der Klassengegner ebenso natürlich, die von ihm "entdeckte" Schwäche in der Entwicklung des Sozialismus als Schwäche des sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems selber hinzustellen, um demgegenüber eine angebliche "Überlegenheit" des kapitalistischen Systems behaupten zu können, während doch in Wirklichkeit die besagte Schwäche aus dem Übergangs-Charakter der sozialistischen Anfangsphase des Kommunismus herrühren, d.h. eben aus der Tatsache, daß diese Phase noch mit den "Muttermalen der alten Gesellschaft" behaftet ist, wie Marx sich ausdrückte.

In der sozialistischen Phase der beginnenden kommunistischen Gesellschaftsordnung wirken ja die Widersprüche zwischen kapitalistischem und kommunistischen System, die Klassenwidersprüche zwischen Proletariat und Bourgeoisie weiter fort, wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen: Die kommunistischen Elemente in der ökonomischen Basis sind die vorherrschenden und die Arbeiterschaft ist die herrschende Klasse der Gesellschaft. Besagte Schwächen sind also nicht Schwächen des Kommunismus an sich, sondern Ausdruck einer unzulänglichen Festigung der kommunistischen Elemente des sozialistischen Wirtschaftssystems im Kampf gegen die kapitalistischen Überreste, Ausdruck einer ungenügenden Stärkung der Diktatur des Proletariats im Kampf gegen die Bourgeoisie. (Vergessen wir nicht, daß es auch in der notwendigerweise mehrere Generationen lang andauernden Periode der Diktatur des Proletariats nach wie vor die Grundaufgabe der Kommunisten bleibt, "die Bourgeoisie und alle anderen Ausbeuterklassen restlos zu stürzen... und den Kapitalismus durch den Sozialismus zu besiegen", wie es in der programmatischen Einleitung des Statuts der KP Chinas von 1969 heißt.)

Manager leben vom Mehrwert

Die heutigen Machthaber im Kreml sind bitterböse, wenn liberale oder sozialdemokratische Theoretiker des "westlichen" Kapitalismus eine sogenannte "Konvergenz", d.h. ein Zusammenlaufen der Entwicklungslinien des "östlichen" (d.h.russischen) und des "westlichen" Wirtschaftssystems feststellen (s.z.B. Ernst Veselsky "Planwirtschaft und freie Marktwirtschaft" im "theoretischen" Organ der SPÖ "Die Zukunft", Nr. 4/1968). Im besonderen regen sie sich mächtig auf, wenn man den sozialökonomischen Charakter der bürokratisch-kapitalistischen Manager-Schicht im heutigen Rußland dem Charakter der privat- oder staatskapitalistischen Manager in tradi-

Druckfehlerberichtigung

In dem Artikel "Die Verstaatlichte dient den Kapitalisten" ("Für die Volksmacht" Nr. 76) haben sich drei schwerwiegende Abschreibfehler eingeschlichen. So soll es richtig heißen:

auf der Seite 12, erste Spalte, Zeilen 7-6 von unten: ....mit zwei Milliarden Schilling gestützt werden!

auf Seite 13, erste Spalte, 8. Zeile von unten: ...Sonderbeilage von 1971...

und auf der Seite 13, zweite Spalte, in den Zeilen 6-7 von oben: ....als auch in den ehemals sozialistischen Ländern, die ...

Wir bitten die Leser, diese Fehler zu entschuldigen.

tionell-bürgerlichen Ländern gleichsetzt. Da gibt es beispielsweise eine Broschüre des Moskauer Verlags für Auslandspropaganda "APN" ("Die Wirtschaftsreform in der Sowjetunion"), die sich speziell zur Aufgabe stellt, diese Gleichsetzung zu "widerlegen". Die Autoren dieser Broschüre unternehmen aber nicht einmal den leisesten Versuch, an Hand von Tatsachen einen Unterschied zwischen der materiellen und gesellschaftlichen Lage der Manager in Rußland und der ihrer Kollegen im Westen nachzuweisen. Sie geben zu, daß die Manager im Westen Riesengehälter beziehen, die nur aus der Ausbeutung der Werktätigen stammen; sie wagen es aber gar nicht zu bestreiten, daß die Manager im heutigen Rußland in der gleichen privilegierten Lage sind und ebenfalls vom Mehrwert leben, den die sowjetischen Arbeiter schaffen. Sie beschränken sich lediglich darauf zu betonen, daß die russischen Generaldirektoren und Trustgewaltigen doch ein staatliches Eigentum verwalten. Gibt es aber im Westen nicht auch verstaatlichte Unternehmen? Könnte es irgendwem einfallen zu behaupten, daß die Manager in den verstaatlichten Betrieben eines "westlichen" kapitalistischen Landes etwa ökonomisch oder sozial schlechter gestellt wären als ihre Kollegen in der Privatwirtschaft?

Fragt man die Herren Revisionisten: Was ist eigentlich euer Sozialismus? Dann geben sie (z.B. in der erwähnten Broschüre, und wie es auch der österreichische Oberrevisionist Fürnberg in seiner jüngsten Broschüre "Hat die SPÖ eine Ideologie?" nicht anders tut) zur Antwort: Verstaatlichung! Wer aber die Macht im Staat hat, welche Klasse herrscht und welche beherrscht wird - das interessiert die Herren nicht.

Was ist das aber für ein Sozialismus, wenn es nach wie vor "die da oben" gibt, die sich die Früchte der Arbeit jener, "die unten sind", aneignen, wenn es Manager gibt, die ein Vielfaches des Einkommens der arbeitenden Menschen beziehen und darüber hinaus eine Unmasse von Privilegien genießen,(unter anderem das sehr wichtige Vorrecht, daß ihre Kinder niemals arbeiten müssen, sondern von vornherein "zu Höherem berufen" sind), während die Massen der arbeitenden Menschen samt ihren Kindern und Kindeskindern niemals aufhört, Lohnarbeiter zu sein? "Ein schöner Sozialismus, der die Karrenschieber von Profession verewigt!" sagte zu solch einer Perspektive Friedrich Engels ("Anti-Dühring"). Ist ein solcher Schein-"Sozialismus" unter der Maske des "Staatseigentums" an den wichtigsten Produktionsmitteln (zu dieser Eigentumsform gelangt der Kapitalismus selbst kraft der ihm innewohnenden Gesetze, woraus eben Marx und Engels die Naturnotwendigkeit des Sturzes der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und der Errichtung der Arbeitermacht abgeleitet haben) etwas anderes als ein gigantischer Betrug an den ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen?

Karl Marx, der eben deshalb der große Lehrer der internationalen Arbeiterklasse ist, weil er es, wie niemand sonst, großartig verstanden hat, die allgemeinen Klasseninteressen des Proletariats wissenschaftlich zu formulieren und die praktischen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung theoretisch zu verallgemeinern, hielt die Maßnahmen der Pariser Kommune von 1871 für grundlegende Errungenschaften des Weltproletariats. Zu diesen Maßnahmen gehörte nicht an letzter Stelle: Jeder administrative und technische Funktionär des Gemeinwesens wird von den Massen gewählt, ist ihnen verantwortlich und kann notfalls jederzeit abgesetzt werden; er bezieht kein anderes Einkommen als das eines durchschnittlichen qualifizierten Arbeiters. "Beamter des Arbeiterstaates zu Arbeiterlohn sein" - das war eine der größten Erkenntnisse der ersten Diktatur des Proletariats, der Pariser Kommune, eine Erkenntnis, die Marx immer wieder als entscheidend hervorgehoben hat. Und in seinem Werk "Anti-Dühring" hob Engels hervor, daß in der sozialistischen Gesellschaft der höher Qualifizierte seine Ausbildung lediglich der Gesellschaft als Ganzem verdankt und daher keinen wie immer gearteten Anspruch auf höhere Leistungen seitens der Gesellschaft stellen darf.

Wenige Monate nach der glorreichen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland schrieb Lenin ("Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht"): "Wir mußten jetzt zu dem alten, bürgerlichen Mittel greifen und uns mit einer sehr hohen Bezahlung der 'Dienste' der bedeutendsten bürgerlichen Spezialisten einverstanden erklären... Es ist klar, daß diese Maßnahme ein Kompromiß, eine Abweichung von den Prinzipien der Pariser Kommune und jeder proletarischen Macht ist, die fordern, daß die Gehälter dem Lohn des Durchschnittsarbeiters angeglichen werden..."

Daß die Einkommensunterschiede zwischen Managern und Arbeitern in der heutigen Sowjetunion den Prinzipien des Marxismus-Leninismus von Grund auf widersprechen, daß sie einen Klassengegensatz begründen können und das hier auch tun, ist somit sonnenklar.

Was die absoluten Ziffern bezüglich Manager-Gehälter betrifft, gibt es kaum irgendwelche greifbaren und glaubhaften offiziellen Veröffentlichungen. Nehmen wir vergleichshalber die Angaben der "Volksstimme" vom 15. April 1973 über dieMinistergehälter in der UdSSR. Diese betragen dem "K"PÖ-Organ zufolge 600-700 Rubel. Das kann natürlich gegenüber den tatsächlichen Verdiensten der revisionistischen Machthaber und Manager nur ein Minimum sein. Doch wirft die "Volksstimme" seit Jahr und Tag Kreisky & Co. immer wieder wütend vor, daß diese "genau so viel verdienen wollen wie die Kapitalisten und die Manager" ("Volksstimme", 4. April 1973). Denn die österreichischen modernen Revisionisten sind der Meinung, es sei eine "der Arbeiterbewegung fremde Mentalität, daß Arbeiterfunktionäre ebensoviel verdienen sollen wie Manager" ("Volksstimme" vom 15. April 1973). Wenn sie hier SPÖ-Minister als "Arbeiterfunktionäre" ansprechen, so gilt, von ihrem Standpunkt aus, diese Bezeichnung erst recht für russische Minister.

Gehen wir also von einem Minimalgehalt revisionistischer Manager in der UdSSR in der Höhe von 700 Rubel monatlich aus (was eine beträchtliche Unterschätzung gegenüber der Praxis bedeutet, da sowohl Fabriksdirektoren als auch Leiter von Industrie-Hauptverwaltungen bzw. Produktionsvereinigungen, oder wie immer die zwischen den Ministerien und den Unternehmen geschalteten Dienststellen heißen mögen, einen wesentlichen Teil ihres offiziellen Einkommens in der Form von Prämien zuzüglich ihres nominellen Gehalts beziehen). Davon geht eine für alle Arbeiter und Angestellte einheitliche Einkommensteuer von 6 Prozent ab, wie Fürnberg, der Hauptvertrauensmann der russischen Revisionisten in Österreich, am 20. März 1973 in der "Volksstimme" feststellte. Das Mindesteinkommen eines russischen Managers betrüge somit netto (700 minus 6%) 658 Rubel. Mit 28 Schilling pro einen Rubel multipliziert (das ist der Wechselkurs, den das ÖGB-Organ "Solidarität" in seiner März-Nummer 1973 angegeben hat und der von Fürnberg akzeptiert worden ist), ergibt das einen Monatsgehalt von netto 18.424,- österr. Schilling. Ermittelt man, davon ausgehend, den entsprechenden österreichischen Bruttoverdienst, so gelangt man - je nach der Steuergruppe - zu einem Monatsgehalt von ö.S. 31.629,- bis 37.740,- . Das ist das Gehalt eines österreichischen Spitzenmanagers "mittlerer Güte". (Man bedenke, daß auch das russische Durchschnittseinkommen aller Arbeiter und Angestellten - 122x28= S. 3.416,- - weit unter dem Durchschnittseinkommen der österreichischen Arbeiter - ö.S. 4.575,- laut Statistik der Pensionsversicherungsanstalt vom Juli '72 - liegt!)

Besehen wir uns nun das Einkommen der sowjetischen Arbeiter und Angestellten. Wir haben leider nur Ziffern über das "Durchschnittseinkommen" aller Arbeiter und Angestellten (einschließlich der Bezüge der Manager) zur Verfügung. Dieses beträgt laut Angaben des 24.Parteitags der "KPdSU" (März/April 1971) 122 Rubel pro Monat. Nach Abzug von sechs Prozent Einkommensteuer wären das netto rund 115 Rubel. Das Durchschnitts-Nettoeinkommen verhält sich zum Nettoeinkommen der Spitzenverdiener (115 zu 658) wie 1:5,7 ! Wie verhält sich nun so ein "Verhältnis" zu den Auffassungen des Marxismus-Leninismus, zu den Prinzipien des Kommunismus? Auf dem VIII. Parteitag der KPdSU 1919 und im Zusammenhang mit diesem sprach Lenin des öfteren davon, daß sich in der Bezahlung der bürgerlichen Spezialisten im damaligen Sowjetrußland gegenüber den Löhnen der schlechtest bezahlten Werktätigen (unqualifizierten Hilfsarbeitern) ein Verhältnis von 5 : 1 herausgebildet habe. Und dieses Verhältnis nannte der Begründer des ersten Arbeiter- und Bauernstaates der Welt, der große Fortsetzer des Werkes von Marx und Engels, W.I. Lenin, einen "Kompromiß" mit dem Kapitalismus, einen "Schritt zurück" gegenüber den Zielsetzungen der Oktoberrevolution, eine "Verletzung der kommunistischen Prinzipien", wie sie von der Pariser Kommune ausgearbeitet und von Karl Marx festgelegt worden waren. Nimmt man aber den Mindestlohn, wie er im revisionistischen Rußland (laut 24. Parteitag!) seit 1971 brutto gezahlt wird - nämlich 70 Rubel -, so ergibt sich ein Verhältnis von 1 : 10 (70 Rubel Mindestlohn gegenüber 700 Rubel Ministergehalt!), also eine doppelt so große Einkommenskluft als zu Beginn der Sowjetmacht, als zu jener schweren Zeit, da die Arbeiterklasse gezwungen war, die Dienste bürgerlicher Spezialisten in Anspruch zu nehmen und dafür in bürgerlicher Weise zu bezahlen!

(wird fortgesetzt) ●